

Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **260 (1987)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

vom 15. Mai 1985 bis 15. Mai 1986

Wenn man sich die Frage stellt, welches im Rückblick auf die Berichtsperiode die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen in der weiten Welt gewesen seien, so stösst man einerseits auf spektakuläre Vorkommnisse, unter welche eine Anzahl von Katastrophen mit schrecklichen Auswirkungen für die betroffenen Menschen einzureihen sind, andererseits auf in ihren Folgen weitreichende Veränderungen auf dem wirtschaftlichen und politischen Parkett, die allerdings sonderbarerweise zumeist sehr viel weniger drastisch ins zeitgenössische Bewusstsein eingedrungen sind.

Unter den grossen Schadenereignissen des vergangenen Jahres sind zu nennen eine Springflut mit unabsehbaren Überschwemmungen des Küstengebiets von *Bangla Desh* im Frühjahr, das Erdbeben von *Mexiko* vom 19. September sowie ein Vulkanausbruch in *Kolumbien* am 14. November, der Schlammmassen in Bewegung setzte, die die Stadt *Armero* überflutet und grossenteils begraben haben. Die Katastrophe in *Kolumbien* dürfte mehr als 20 000 Menschen das Leben gekostet haben, während in den Trümmern der Stadt *Mexiko* Tausende von Menschen umgekommen sind und der gesamte Schaden auf etwa 34 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Einen wegen seiner Erstmaligkeit ebenso wie wegen seiner längerfristigen Folgen besonderen Platz in den Annalen der Katastrophen des Berichtsjahres nimmt ein dramatisches Schadenereignis ein, das nicht der blinden Zerstörungsgewalt der Naturkräfte angelastet werden kann, sondern im eigentlichen Sinn auf die Einspannung eben dieser Naturkräfte zum Nutzen des Menschen durch diesen selbst zurückzuführen ist. Gemeint ist der Unfall vom 26. April im *Kernkraftwerk von Tschernobyl* in der Ukraine. Er wurde übrigens zunächst von den sowjetischen Behörden einige Tage lang verschwiegen! Erst als in Schweden

auffallend stark angestiegene Radioaktivität registriert wurde, die offensichtlich durch den Wind von Osten herantransportiert worden war, bequemte man sich zu einigen Angaben, die aber kein genaues Bild über Hergang und Ausmass der Katastrophe hergaben. Die skandalöse Informationspolitik verzögerte und behinderte die der radioaktiven Bedrohung angemessenen Schutzvorkehrungen in den von der Strahlung befallenen Ländern von Ost- und Mitteleuropa, zu denen auch Norditalien und die Schweiz gehörten. Die Bevölkerung ist in einem Umkreis von 30 Kilometer um das von einer Explosion heimgesuchte Werk *Tschernobyl* evakuiert worden. Erstmals in der Geschichte der Nutzung der Atomenergie sind auf Grund eines Reaktorunfalls auch Menschenleben zu beklagen; vermutlich sind gegen 200 Menschen schwer strahlengeschädigt worden. Inwiefern in der Umgebung des Unfallorts das Wasser verseucht worden ist und durch die frei gewordene Radioaktivität auch landwirtschaftliche Produkte ungeniessbar geworden sind oder künftige Ernten beeinträchtigt werden, lässt sich auf Grund der bisher bekannt gewordenen Daten nicht beurteilen.

Für die weitere Entwicklung der Nukleartechnologie stellt dieser erste, grosse Unfall in einem Kernkraftwerk, der schädliche Folgen für die Umwelt mit sich brachte, eine schwere psychologische und politische Belastung dar. Diese Art eines Unfalls ist zwar nur bei einem sowjetischen Atomkraftwerk überhaupt möglich, weil es in der übrigen Welt keine Druckrohrreaktoren mit Siedewasserkühlung und Graphitmoderator gibt. Und ausserdem bildet ein den Reaktor umgebendes, solid konstruiertes Sicherheitsgebäude normalerweise eine verlässliche Barriere gegen den Austritt von Radioaktivität. Ein solcher Gebäudemantel fehlte in *Tschernobyl*! Die Frage wird weit herum gestellt, ob das im Zusammenhang mit dem Betrieb von Kernkraftwerken kalkulierte, minimale Risiko angesichts dieses schlimmen konkreten Anschauungsunterrichts in Aufrechnung gegen die unbestreitbar immensen Vorteile einer billigen und fast nach Belieben vermehrbaren Energiebeschaffung in Kauf ge-

nommen werden dürfe, oder ob der Preis des «grössten anzunehmenden Unfalls» (GAU) in der Risikoberechnung ganz einfach zu hoch sei.

Die Spitze der Ironie wäre, wenn auf Grund der Katastrophe von Tschernobyl im Westen die friedliche Nutzung der Atomenergie in ihrer weiteren Entwicklung behindert oder sogar eingestellt würde, während gleichzeitig die Sowjetunion, die in ihrem Machtbereich auf die öffentliche Meinung ja keine Rücksichten nehmen muss, ihre Ausbauprogramme der Kernkraftnutzung im gleichen Tempo wie bisher fortsetzen könnte. Und dies, obschon dort – im Gegensatz zum Westen – oft die Energiegewinnung aus dem Atomkern technisch mit der Herstellung von Atomwaffen eng verbunden ist!

* * *

Was die Veränderungen anbelangt, die nicht einen Knalleffekt aufweisen, aber dennoch in bezug auf ihre Auswirkungen auf die Welt an Bedeutung hervorragen, so ist im ökonomischen Bereich an erster Stelle der Kollaps des seit 1973/75 immer mehr in die Höhe geschleunigten *Ölpreises* zu nennen. Das Kartell der Ölproduzenten (OPEC) hatte schon in den vergangenen Jahren immer mehr Mühe, das Angebot von Öl am Weltmarkt durch ein System der freiwilligen Kontingentierung der Produktion mit der rückläufigen Nachfrage in Übereinstimmung zu halten. Einige OPEC-Länder scherten aus diesen Abmachungen mit

starken Überlieferungen ihres Kontingents aus, so dass sich *Saudi-Arabien* genötigt sah, zur Stützung des Preispegels von 30–34 Dollar seine eigene Produktion immer stärker zu drosseln und damit Einnahmehausfälle auf sich zu nehmen. Gleichzeitig ist der Anteil der OPEC-Lieferungen im Weltmarkt wegen der zunehmenden Produktion von Öl in nicht der OPEC angeschlossenen, neuen Förderländern (Mexiko, Grossbritannien, Norwegen usw.) sehr stark zurückgegangen. Dadurch wurde die Durchsetzung einer disziplinierten Kartellpolitik zusehends schwieriger. Da Saudi-Arabien wegen seiner geringeren Öl-Einnahmen in immer höherer Masse zur Finanzierung seiner Investitionen und Wirtschaftspläne auf seine Devisenreserven greifen musste, wurde in extremis das Steuer der saudischen Erdölpolitik herumgeworfen: der in den letzten Jahren zugekehrte Ölhahn wurde plötzlich weit aufgedreht.

Das dadurch bewirkte starke Überangebot auf dem Weltmarkt wirkte wie ein Dambruch auf die bislang künstlich hochgehaltenen Preise. Der Ölpreis purzelte in wenigen Wochen und Monaten bis auf ca. 10 Dollar pro Fass herunter, um sich dann etwa bei 15 Dollar neu einzupendeln. Die Auswirkungen dieses in seinem Ausmass unerwarteten Preiszerfalls sind enorm: Die Importländer kommen nun in den Genuss eines Milliarden-Bonus in der Zahlungsbilanz, von verminderten Teuerungsraten und von zusätzlichen Impulsen in der Entwicklung ihres Wohl-



Alphons Egli
Bundespräsident für das Jahr 1986
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

stands und ihrer Konjunktur. Jene Entwicklungs- und Schwellenländer, die nicht zuletzt wegen der Preisbürde auf ihren Ölimporten mit immer höheren Defiziten und Schulden belastet worden sind, sehen sich von dieser Last auf einen Schlag befreit. Umgekehrt hat sich mit einem Mal die Lage der Exportländer wegen der stark zurückgegangenen Einnahmen aus der Ölförderung entsprechend verschlechtert. Über den Daumen gepeilt muss praktisch doppelt so viel Öl im Export abgesetzt werden, damit die gleichen Einkünfte erzielt werden können wie vor dem Preiskollaps!

Dies ist Saudi-Arabien ohne weiteres möglich, weil dort die Produktionskapazitäten im Hinblick auf die Stützung der Preispolitik der OPEC immer weniger ausgenutzt worden waren, jetzt aber wieder voll in Anspruch genommen werden können. Viele Ölproduzenten verfügen indessen über diese Flexibilität nicht. Sie sehen sich – nota bene bei bereits hoher Verschuldung im Aussenverhältnis – stark re-

duzierten Deviseneinnahmen gegenüber, die um so verheerender ins Gewicht fallen, je höher der Anteil des Öls im Rahmen der gesamten Exporte geworden ist. In dieser Beziehung ein besonders krasser Fall ist Mexiko, dessen hoffnungsvoll und mit sichtbaren Zeichen des Erfolgs unternommener Versuch, aus dem Teufelszirkel einer gigantischen Verschuldung auszubrechen, dadurch wieder zunichte gemacht worden ist.

Von grosser Bedeutung ist auch der um rund 30% gefallene *Aussenwert des Dollars*. Es handelt sich bei diesem Phänomen nicht um einen plötzlichen Zerfall des Wechselkurses in der Art, wie das im Zusammenhang mit einer allgemeinen Vertrauenskrise in den Jahren nach Vietnam und Watergate der Fall gewesen war. Es handelt sich vielmehr um das, was von den Fachleuten schon seit langer Zeit als die erwünschte «sanfte Landung des Dollars» bezeichnet worden ist. Nicht nur war nämlich eine Dollar-Relation von Fr.2.90 an deren

Höhepunkt im Verhältnis zur Kaufkraft der amerikanischen Währung weit übertrieben, sie führte auch zu Verlagerungen und Verzerrungen in den internationalen Handelsbeziehungen. Geradezu tragisch war die Aufblähung des Verschuldungsvolumens der in Dollar verpflichteten Entwicklungsländer. Die Vereinigten Staaten, die sich in der Vergangenheit kaum je um den Aussenwert ihrer Währung gekümmert hatten, und das Niveau der Devisenkurse den freien Marktkräften anheimzustellen beliebten, sind diesmal nicht passiv geblieben. Die amerikanische Regierung konnte



Katastrophales Erdbeben in Mexico City

Über 3500 Todesopfer und über 6000 Verletzte forderte ein schweres Erdbeben in der mexikanischen Hauptstadt. Hilfeleistungen aus aller Welt setzten umgehend ein. Unser Land sandte neben Hilfsgütern auch sofort Equipen mit Suchhunden an die Unglücksstelle, um nach Überlebenden suchen zu helfen.

(Photo Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

sich nämlich auch starken protektionistischen Regungen im Kongress kaum mehr länger widersetzen; die Überbewertung des Dollars benachteiligte die amerikanische Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz so empfindlich, dass allgemein nach protektionistischen Zollbarrieren gegen die billigen Importgüter gerufen wurde.

Unter diesen Umständen bot die Regierung Reagan in einer denkwürdigen Konferenz mit den vier anderen wichtigsten Industrieländern Hand zu einer erstmaligen gemeinsamen Einflussnahme auf den Dollarkurs, der in der Folge tatsächlich in bemerkenswerter Weise absank und inzwischen auf einem sehr viel realeren Niveau von Fr. 1.80 bis Fr. 2.– angekommen ist! Der gefallene Wert des Dollars hat allerdings eine dämpfende Wirkung auf die Exporte nach dem Dollar-Raum, und die in Dollar anfallenden Einkünfte der ölproduzierenden Länder erfahren somit noch zusätzlich zur spektakulären Preisbaisse auf dem Weltmarkt eine empfindliche Reduktion. Aber alles in allem genommen, ist die Wertkorrektur des Dollars für die amerikanische Binnenwirtschaft ebenso wie für die Weltwirtschaft und die Zinsentwicklung von wohlthuender Wirkung; sie hätte an sich richtigerweise schon viel früher durch eine konzertierte Aktion der «Grossen Fünf» herbeigeführt werden sollen.

* * *

Nach diesem Exkurs in die Dimension des Ökonomischen wenden wir uns nun dem poli-



Der Halley'sche Komet in Erdnähe

Nur alle 76 Jahre gelangt dieser berühmte Komet in die Nähe der Sonne und damit auch in die Nähe unseres Planeten. Zur Zeit der Aufnahme, im Januar 1986, befand sich der Komet «nur» 200 Millionen Kilometer von der Erde entfernt und raste mit 180 000 Stundenkilometern dem sonnennächsten Punkt entgegen, den er am 9. Februar 1986 erreichte.

(Photo Keystone-Press AG, Zürich)

tischen Bereich im engeren Sinn zu. Die Konfliktherde, die im Jahr zuvor vorhanden gewesen sind, präsentieren sich allesamt auch heute noch als ungelöst.

Im *Libanon* herrscht nach wie vor ein Regime von Gewalt und Gegengewalt. Nachdem es zunächst so schien, als ob die in diesem Kampf aller gegen alle engagierten christlichen Faktionen, zusammen mit Präsident Gemayel, nach dem Abzug der israelischen Besatzungstruppen und dem Rückzug westlicher Schutzkontingente auf der Verliererseite ständen und nunmehr Syrien – und in dessen Hintergrund die Sowjetunion – die politischen Verhältnisse dominieren werde, zeigte sich in der Folge, dass dem doch nicht so ist. Es ist unklar, ob der syrische Präsident Assad sich selbst von einem Diktat in Libanon zurückgehalten hat oder ob Kräfte im Spiel sind, die ihn daran gehindert haben, die bevölkerungsmässig in Libanon zur Minderheit gewordene christliche Bevölkerung einem den heutigen

Mehrheitsverhältnissen angepassten, neuen politischen Regime zu unterwerfen. Zu Tage getreten ist seither ein fortgesetztes Lavieren mit wechselnden Fronten aller in diesen endlosen Wirren engagierten Machtgruppen. Bemerkenswert ist allerdings, dass die von Iran unterstützten schiitischen Exponenten trotz oder wegen ihrer grossen Militanz eher wieder in den Abwind geraten sind. Es überrascht, dass sie nicht (oder nicht mehr) von Syrien unterstützt werden, obschon zwischen Assad und Khomeini offenbar weiterhin enge Beziehungen herrschen.

Der Krieg zwischen *Irak* und *Iran* ist auch in seinem sechsten Jahr nicht beigelegt worden. Beide Gegner versuchen, sich gegenseitig die Ölexporte zu unterbinden, was auch zu einem guten Teil tatsächlich geglückt ist. Aber die dadurch dezimierten Deviseneinnahmen haben weder Iran noch Irak daran gehindert, den aufwendigen Abnutzungskrieg mit regional begrenzten Kämpfen fortzusetzen und sich nach Kräften zu schädigen.

Libyen hat sich unter der Führung von Ghaddaffi weiterhin als Promotor von Terrorakten in verschiedenen Teilen der Welt profiliert. Ghaddaffis langer Arm war deutlich im *Sudan* und, noch deutlicher, abermals im südlichen Nachbarstaat *Tschad* fühlbar, wo erneut eine begrenzte militärische Hilfestellung Frankreichs zugunsten der Regierung Habré gegen die von Libyen unterstützten Rebellen im nördlichen Landesteil notwendig geworden ist. Flugzeugentführungen, Geiselnahmen, Terroranschläge in den Flughäfen von Rom und Wien, die Inbesitznahme des italienischen Vergnügungsdampfers «Achille Lauro» auf See durch arabische Terroristen, die einen invaliden Amerikaner auf Deck ermordeten, sowie ein Anschlag auf eine von Amerikanern besuchte Diskothek in West-Berlin hinterliessen allesamt Spuren, die nach Libyen führen. Sie zeigen eindeutig, wer mit handfesten Taten den internationalen Terrorismus unterstützt und in besonderen Lagern Terroristen ausbildet, die nachher planmässig eingesetzt werden.

Nachdem der Versuch des amerikanischen Präsidenten Reagan, die europäischen Regie-

rungen zu einem gemeinsamen Handelsboycott gegenüber Libyen zu bewegen, scheiterte, inszenierten die Amerikaner am 16. April 1986 eine militärische Strafaktion, die über Flottendemonstrationen in der Grossen Syrte weit hinausging: In Grossbritannien stationierte amerikanische Kampfbomber griffen mit minutiöser Treffsicherheit ausgesuchte Ziele in Tripolis und Benghasi an. Da weder Frankreich noch Spanien die Überfliegung ihres Territoriums gestatteten, flogen die amerikanischen Flugzeuge auf dem weiten Umweg über Gibraltar ihre Ziele in Libyen an, wobei die Maschinen mehrmals in der Luft aufgetankt werden mussten. Die Sanktion gegen den Terrorkrieg Ghaddaffis war ebenso überraschend wie erfolgreich. Ghaddaffi erntete zwar etwelche verbale Unterstützung in der Sowjetunion und von seiten arabischer Regierungen; aber es ist ihm nicht einmal gelungen, seinen Protest auf die Traktandenliste der Arabischen Liga zu setzen! Im Nachgang zu dieser Aktion bequemten sich schliesslich mehrere europäische Regierungen auf Grund einer Absprache im Rahmen der EG, einige Vorkehrungen zur besseren Abwehr libyscher Terrorakte zu treffen. Ob dies indessen genügt, um Ghaddaffi von weiteren Terrorstrategien abzubringen, oder ob im Gegenteil die Dinge in dieser Beziehung noch viel schlimmer werden, bis ihm das Handwerk vollständig gelegt wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.

* * *

Die Lage um den Konfliktherd *Nicaragua* hat sich weiter zugespitzt. Zwar ist inzwischen in den anderen von Bürgerkriegswirren mit Guerillacharakter heimgesuchten zentralamerikanischen Staaten eine deutliche Stabilisierung zugunsten der in demokratischen Wahlverfahren legitimierten Regierungen festzustellen. Aber Nicaragua selber steht unter dem mehr und mehr in das kommunistische Fahrwasser abgerutschten Regime der Sandinisten im Zentrum der Aufmerksamkeit. In der Auseinandersetzung mit den «Contras», die im

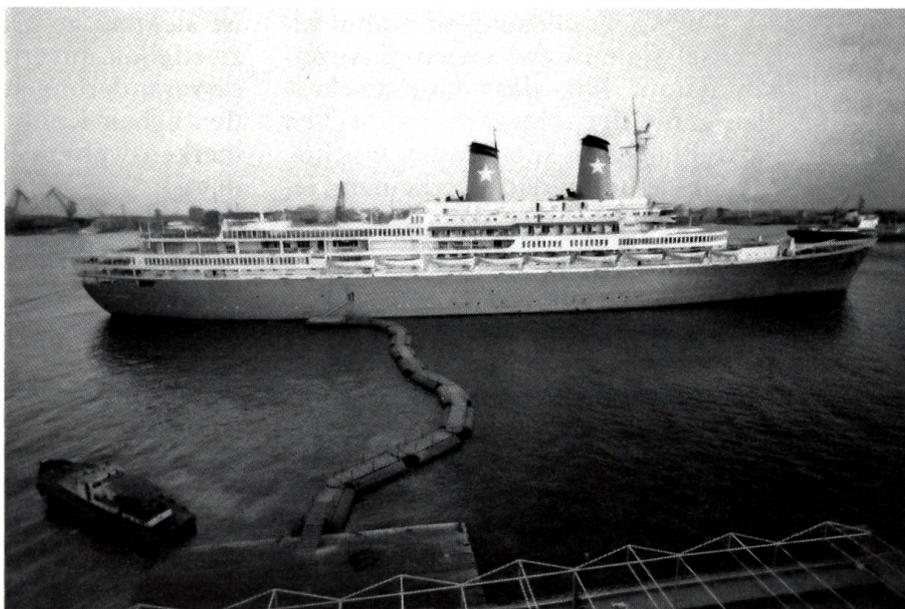
Norden und im Süden des Landes ihre Guerilla-Tätigkeit gegen das Regime der sandinistischen «Comandantes» fortgesetzt haben, scheinen die innenpolitischen Verhältnisse im Verein mit einer starken Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sich verschlimmert zu haben. Die Regierung hat am 16. Oktober den Notstand ausgerufen, der eine starke Einschränkung der Grundrechte bedeutet. Unter diesem politischen Alibi schreitet die Umwandlung des Regimes in eine kommunistische Diktatur nach dem Muster aller «Volksdemokratien» rasch voran. Und mittlerweile besitzt Nicaragua eine für reine

Verteidigungszwecke weit überdimensionierte Armee. Daraus entsteht früher oder später eine reale Bedrohung der ganzen Region in politischer, aber auch in militärischer Beziehung.

Noch nicht klar geworden ist, mit welchen Mitteln die USA dieser ihren «Hinterhof» betreffenden Bedrohung gegenüber treten wollen. Die amerikanische Unterstützung der «Contras» ist im Berichtsjahr gebremst worden; doch dürften die von Reagan beantragten 100 Mio Dollar beim Kongress durchgehen und die gegenwärtig spürbare Unterlegenheit der «Contras» in Waffentechnik und -ausrüstung fürs erste beheben können. Die Bemühungen um einen Waffenstillstand durch eine Gruppe von ibero-amerikanischen Staaten ist gescheitert, weil Nicaragua keine Konzessionen macht.

* * *

Der Freiheitskrieg in *Afghanistan* gegen eine von der Sowjetunion an die Macht gebrachte



Dramatische Entführung eines Luxusdampfers

Palästinensische Terroristen brachten das italienische Kreuzfahrtschiff «Achille Lauro» im Oktober 1985 in ihre Gewalt. Über 450 Passagiere verlebten ungemütliche Stunden, bis sich die Entführer nach drei Tagen den ägyptischen Behörden in Port Said ergaben.

(Photo Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

und mit eigenem Truppeneinsatz nun schon jahrelang unterstützte, verräterische Regierung hat nichts von seiner Härte und Grausamkeit eingebüsst. Erfolgen der Freiheitskämpfer in kühnen und überraschenden Aktionen nicht nur im Gebirge, sondern auch in den Städten und entlang den rückwärtigen Verbindungen der Russen stehen allerdings immer wieder auch schwere Verluste und örtliche Niederlagen gegenüber. Nicht gelungen ist der Versuch, die schmale, kommunistische Basis der Regierung von Babrak Karmal durch die Heranziehung von traditionellen Stammeskräften und eine vermehrte Betonung des nationalen und islamischen Elements zu verbreitern. Im Frühjahr 1986 ist Karmal, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, monatelang in der Sowjetunion spurlos verschwunden. Nach seiner Rückkehr wurde er als Parteiführer abgelöst; er durfte aber seine Position als Staatspräsident beibehalten. Nicht ganz ausgeschlos-

sen ist, dass die Wachtablösung in Kabul einen Kurswechsel signalisiert. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, dass Gorbatschow sich nur allzu gerne der schweren, politischen «Hypothek Afghanistan» ent schlagen möchte, wenn nur die Sowjetunion dadurch keinen Ge sichtsverlust in Kauf nehmen müsste. Inzwi schen scheint man in Moskau eingesehen zu haben, dass Breschnews Abenteuer in Afgha nistan sich niemals positiv auszahlen wird und nur immer teurer zu stehen kommt. In dieser Sicht ist den in Genf indirekt geführten Ver handlungen, bei denen es unter anderem um die Möglichkeit eines sowjetischen Truppen abzugs ging, eine immerhin symptomatische Bedeutung zuzumessen.

* * *

Ein weiterer Konfliktherd liegt in *Südafrika*. Ein erster Abbau der den schwarzen Bevölke rungsteil diskriminierenden Apartheid-Gesetze

ist sichtbar in Gang gekommen ist; aber die zweifellos unvermeidlichen politischen Struk turveränderungen geben immer noch keine deutlichen Konturen zu erkennen. In zwei be merkenswerten Reden hat zwar Staatspräsi dent P. W. Botha den Willen durchblicken las sen, in dieser Beziehung ganz neue, originäre Veränderungen der institutionellen Strukturen zu schaffen. Die im Detail noch nicht skizzier ten Reformen können, weil sie der Billigung einer soliden Mehrheit des weissen Teils der Bevölkerung bedürfen, nur vorsichtig und langsam in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Botha ist gezwungen, zwischen der rechten und der linken Opposition zu lavierem und das Vertrauen der nicht-revolutionären Schwarzen zu pflegen. Unerbittlicher Widerstand wird nur gegenüber dem in den Untergrund und ins Exil gedrängten Afrikanischen Nationalkongress (ANC) geleistet, der gewaltsamen Um sturz auf seine Fahnen geheftet hat und kom munistisch inspiriert – und sehr wahrschein lich auch von Moskau aus ferngesteuert – ist.

Gleichzeitig befindet sich Südafrika in wirt schaftlichen Schwierig keiten. Diese äussern sich in einer schweren Rezession ebenso wie in einer Liquiditätskrise, welche unter anderem wegen einer wenig weit sichtigen Schuldenpoli tik entstanden ist. Da durch und wegen des schärfer gewordenen in ternationalen Boykotts, der am 26. Juli vom Si cherheitsrat der UNO in der Form einer Empfeh lung «abgesegnet» wor den ist, ist die Währung von Südafrika mittler weile in ihrem Aussen wert stark entwertet wor den, während im Innern die Inflation weiter vor



KSZE-Folgekonferenz in Bern

Während der Monate April und Mai 1986 wurde in den Räumen des Hotels «Belle vue» diese Folgekonferenz zum Thema der Menschenrechte in Europa mit einer Be teiligung von rund 35 Delegationen durchgeführt. Unser Bild zeigt einen Teil der Schweizer Delegation: (von rechts) Delegationsleiter Botschafter F. Pianca, Staatsse kretär E. Brunner und KSZE-Exekutivsekretär W. Fetscherin.

(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

anschreitet. Ein Lichtblick ist, dass die Aussenhandelsbilanz einen hohen Überschuss abwirft.

Im Aussenverhältnis versucht die Regierung, in den Nachbarstaaten die Operationsbasen des ANC zu eliminieren. So ist Lesotho mit einer Einfuhrsperre unter Druck gesetzt worden, worauf am 20. Januar der langjährige, ANC-freundliche und diktatorische Chief Lebua Jonathan gestürzt worden ist. Militärische Blitzaktionen wurden gegen die ANC-Sanktuarien in drei anderen Nachbarländern durchgeführt. Unsicher ist die Lage in Südwestafrika (Namibia) geblieben.

* * *

Was das direkte Verhältnis zwischen den beiden Supermächten anbelangt, so hat das mit einiger Spannung erwartete Treffen Ronald Reagan/Michail Gorbatschow am 19./20. November in Genf zwar in den persönlichen Beziehungen der beiden Mächtigen eine recht gute Atmosphäre geschaffen; aber die Standpunkte in wichtigen Fragen der internationalen Politik klaffen seither so weit auseinander wie zuvor. Immerhin sind sich die USA und die Sowjetunion einig, dass niemals ein Atomkrieg geführt werden soll; und die Abrüstungsverhandlungen sollen fortgesetzt werden. Das ist wenig genug, aber nicht ganz nichts! Beobachter schliessen nicht aus, dass anlässlich späterer Begegnungen, die zwischen den beiden in Genf vereinbart worden sind, dann vielleicht die zu kurz gekommenen Themen «Menschenrechte» und «regionale Konflikte» mit etwas mehr Aussicht auf positive



Welthistorisches Treffen in Genf

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteisekretär Michail Gorbatschow trafen im November 1985 erstmals zusammen. Die Stadt Genf war Schauplatz des Treffens, das in der ganzen Welt Beachtung fand.

(Photo Keystone-Press AG, Zürich)

Ergebnisse auf der Traktandenliste der direkten Gespräche figurieren werden.

In der *Sowjetunion* hat mittlerweile Gorbatschow seine interne Machtposition durch viele Mutationen in wichtigen Kaderstellungen konsolidiert. Die neu ernannten Genossen sind allesamt jüngere Jahrgänge, die ausgeschiedenen zumeist noch Angehörige der «Revolutionsgeneration». Der langjährige Aussenminister Gromyko ist durch Schewardnadse abgelöst, aber zum Staatspräsidenten «befördert» worden. Es scheint, dass Gorbatschows Hauptsorge zunächst die konsequente Verbesserung des Rendements der wegen Misswirtschaft und Korruption leistungsschwachen sowjetischen Wirtschaft ist. Am im Februar abgehaltenen 27. Parteikongress blieben allerdings andere als auf strengere Disziplin und zweitrangige organisatorische Änderungen ausgerichtete Reformen aus; die streng plan-

wirtschaftlichen Strukturen haben keine tiefergreifenden Veränderungen erfahren. Die neuen Planziele sind bedeutend weniger ehrgeizig, dafür aber wohl viel realistischer als früher. Es macht den Anschein, als ob Gorbatschow begriffen habe, dass die heutige ökonomische Produktivität der Sowjetunion ungenügend ist und die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft stark verbessert werden muss. In der Tat fällt das Resultat im Vergleich zur freien Marktwirtschaft im Westen kläglich aus, und es droht immer weniger attraktiv zu werden. In der Aussenpolitik zeichnet sich die Ära Gorbatschow vorderhand mehr durch Vorsicht und Mässigung als durch offensive Impulse aus. Nur in Angola und in Nicaragua gibt es Anzeichen einer Intensivierung des sowjetischen Engagements, namentlich hinsichtlich Expertenunterstützung und Waffenlieferungen.

Die *Vereinigten Staaten* erfreuen sich nach wie vor einer recht guten Konjunktur mit sinkenden Zinssätzen und einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Konsequenterweise verfolgt Reagan das Ziel von Steuerermässigungen für natürliche Personen. Der schwache Punkt ist das überbordende Budgetdefizit, das zu einer immer stärkeren Staatsverschuldung führt. Ein Fehlbetrag von rund 170 Milliarden Dollar im Jahr stellt eine besorgniserregende Belastung der Zukunft dar. Im Bereich der Aussenpolitik zeigte Reagan weiterhin eine recht glückliche Hand und sehr viel mehr Besonnenheit, als seine Reden bisweilen glauben machen könnten. Insbesondere haben die USA sehr geschickt operiert in ihrer Politik der Konsolidierung der politisch labilen zentralamerikanischen Republiken und in der Beseitigung des diktatorischen Regimes Marcos auf den Philippinen und des Regimes Duvalier in Haiti. Einen Rückschlag erlebte allerdings die amerikanische Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit am 28. Januar mit dem Fehlstart der Raumfähre «Challenger», die kurz nach dem Start explodierte und sieben Menschenleben kostete.

* * *

In *Frankreich* musste sich der sozialistische Präsident Mitterrand eine bürgerliche Regierung gefallen lassen. Nachdem die Linke in den Parlamentswahlen im April 1986 in die Minderheit versetzt worden ist, musste die sozialistische Regierung Fabius abtreten. Die neue Regierung Chirac hat sich zum Ziel gesetzt, alle seit 1981 verstaatlichten Unternehmen wieder zu privatisieren. Der von dieser neuartigen «cohabitation» auf der Ebene der politischen Macht erwartete harte Zusammenprall ist dank der bemerkenswerten Flexibilität Mitterrands bisher ausgeblieben, obschon die parlamentarische Mehrheit von Chirac im Parlament nur knapp ist. In der umgekehrten Richtung scheint der politische Trend in der *Bundesrepublik Deutschland* zu laufen. Die an der Macht befindliche CDU/CSU-Regierung Kohl in Koalition mit der FDP funktioniert nicht überzeugend genug, um keine Wählerverluste zu bewirken. So ist in Hessen zum erstenmal eine Koalitionsregierung zwischen der SPD und den immer noch aufstrebenden «Grünen» zustande gekommen. Ähnlich ominöse Rückschläge des parteipolitischen Pendels lassen sich auch in *Grossbritannien* erkennen, wo die Konservativen eine ganze Reihe von Nachwahlen in für sie aussichtsreichen Wahlkreisen verloren haben. Mrs. Thatcher zeigte mehrmals eine schwankende Haltung, und Differenzen innerhalb des Kabinetts mit Ministerrücktritten blieben nicht aus. Das Krebsgeschwür Nord-Irland wuchert weiter, wobei ein am 15. November in der besten Absicht mit der Republik Irland abgeschlossenes Abkommen, das eine gewisse Mitsprache Dublins in Belfast herbeiführen soll, zur offenen Rebellion der militanten Protestanten in Ulster geführt hat. Diese befürchten, ihrer bisherigen politischen Vormachtstellung und wirtschaftlichen Privilege verlustig zu gehen. Am 5. Dezember ist nun auch Grossbritannien aus der Unesco ausgetreten, nachdem deren Konferenz in Sofia im Herbst nicht zu überzeugenden Reformen geführt hat.

Am 12. Juni haben *Spanien* und *Portugal* ihren Beitritt zur EG besiegelt. Damit ist jetzt aus der Gemeinschaft der Zehn am Jahresan-

fang eine Gemeinschaft der Zwölf geworden. In einer gewagten Volksabstimmung stimmte Spanien dem Verbleib in der Nato zu, während in Portugal Mario Soares, vormals sozialistischer Ministerpräsident, an Stelle des abgetretenen Generals Eanes zum Staatspräsidenten gewählt worden ist. In den Parlamentswahlen in *Belgien* und *Holland* kamen die Sozialisten nicht zum Erfolg; hingegen kam es in Norwegen zu einem Regierungswechsel wegen einer knappen Niederlage der Bürgerlichen im Parlament. *Schweden* verlor seinen langjährigen Ministerpräsidenten Olof Palme, weil er auf offener Strasse ermordet worden ist. In *Dänemark*

kam es wegen der Frage, ob in der EG das bisher strikte beobachtete Einstimmigkeitsprinzip durch das Mehrheitsprinzip abgelöst werden soll, zu einer Volksbefragung in dieser Sache. Ein Nein hätte unweigerlich den Rückzug Dänemarks aus der EG nach sich gezogen; aber die dänischen Stimmbürger wünschten diese Konsequenz nicht zu ziehen und stimmten mehrheitlich der Änderung des Abstimmungs-systems in der EG und damit dem Verbleib in dieser europäischen Institution zu.

* * *

In der Chronik der *Schweiz* figurieren im Berichtsjahr wieder wie üblich Volksabstimmungen von ganz unterschiedlicher Bedeutung. Am 6. Juni lehnte der Souverän die Initiative «Recht auf Leben» deutlich ab, während drei Finanzvorlagen, darunter die Streichung der Kantonsanteile bei der Stempel- und Alkoholsteuer, angenommen wurden. Am



Flugzeugabsturz bei Bern am 3. März 1986

Kurz nach dem Start im Flughafen Belpmoos stürzte die zweimotorige Maschine vom Typ «Cessna Conquest I» infolge schlechter Wetterbedingungen (Vereisung) im Bodenacker bei Muri ab. Die acht Insassen konnten leider nur noch tot geborgen werden.

(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

22. September sprach sich der Souverän zugunsten eines neuen, mehr partnerschaftlichen Eherechts im ZGB aus. Die Vorlage, kraft Bundesrechts den Schulbeginn überall in der Schweiz auf den Herbst anzusetzen, wurde angenommen; die Zurverfügungstellung einer Investitionsrisikogarantie zugunsten von kleineren und mittleren Unternehmen fand jedoch bei der Mehrheit der Stimmbürger kein Verständnis und wurde abgelehnt. Am 1. Dezember gelangte die Volksinitiative «für die Abschaffung der Vivisektion», die von dem fanatischen Natur- und Tierschützer Franz Weber lanciert worden war, zum Entscheid. Sie wurde mit über 70% Nein-Stimmen von Volk und Ständen wuchtig bachab geschickt.

Ein weiterer Urnengang erfolgte am 16. März, der zu einem noch massiver ablehnenden Resultat führte. Bundesrat, Parlament und drei der vier Regierungsparteien (FDP, CVP, SP) hatten sich für den *Beitritt der Schweiz zur UNO* eingesetzt. Diese ist mittler-

weile mit ihren 159 Mitgliederstaaten zu einer wahrhaft universellen Organisation avanciert. Ihr fernzubleiben könne nicht im Landesinteresse sein, zumal die Schweiz von der direkten Mitsprache in der Entwicklung wichtiger internationaler Rechtsnormen zusehends mehr ausgeschlossen werde. Aber die Volksstimmung kehrte sich im Verlauf der Abstimmungskampagne immer radikaler gegen die UNO, weil ihr Erfolgsausweis überaus enttäuschend sei und ihr just die Friedenswahrung nicht gelinge. Am wirkungsvollsten gegen den Beitritt sprach das Argument der Unvereinbarkeit der UNO-Mitgliedschaft mit der dauernden, bewaffneten Neutralität der Schweiz. Es wurden auch angeblich unabsehbare finanzielle Verpflichtungen befürchtet. Noch selten ist es vorgekommen, dass die Emotionen bei einem Urnengang so hoch gingen. Das Resultat war eine überwältigende Ablehnung: 75,5% aller Stimmenden legten ein Nein in die Urne, und

in keinem einzigen Kanton kam eine annehmende Mehrheit zustande! In zwölf Kantonen wurde eine Nein-Mehrheit von mehr als 80% registriert; und dies bei einer Stimmbeteiligung von mehr als 50%.

Im Zusammenhang mit der direkten Demokratie auf eidgenössischer Ebene ist erwähnenswert, dass am Ende der Berichtsperiode nicht weniger als 29 Volksinitiativen pendent waren, wobei sich neuerdings eine Tendenz abzeichnet, dass die in einem Volksverdict unterlegene Seite sich in dieses Ergebnis nicht schickt, sondern unverzüglich zu einem weiteren Anlauf mit einer neuen Initiative ähnlichen Inhalts rüstet. Ein Rekordergebnis beim Sammeln von Unterschriften für ein neues Volksbegehren ergab eine am 9. Juli eingereichte «Volksinitiative für eine finanziell tragbare Krankenversicherung», welche in nur 7 Monaten 390 273 Unterschriften auf sich zu vereinigen vermochte.

* * *



Grosse Manöver vor den Toren Berns

Die grosse Manöverübung «Feuerwagen» des Feldarmeekorps 2 spielte sich im Herbst 1985 auch in und um die Stadt Bern ab und brachte der Bevölkerung die Präsenz unserer Armee erneut ins Bewusstsein. Unser Bild zeigt den neuen Generalstabschef Eugen Lüthi (rechts) als Übungsleiter im Gespräch mit Bundesrat Delamuraz. (Photo Hansueli Trachsel, Bern)

Das Parlament hatte ein so grosses Arbeitsvolumen zu bewältigen, dass eine Reihe von zusätzlichen Sitzungen anberaumt werden mussten und Redezeitbeschränkungen nun fast schon in wichtigen Debatten zur Regel geworden sind. Es wird befürchtet, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Milizparlaments erreicht sind; aber dennoch ist niemand willens, einen Übergang zu einem Berufsparlament auch nur ins Auge zu fassen. Das Milizparlament wird als ein typischer Niederschlag des schweizerischen Demokratieverständnisses betrachtet, das – ausser in



Berner Präsident im Ständerat
Ständerat Peter Gerber (SVP), dipl. Ing. agr. ETH,
Verwalter des Alters- und Pflegeheims in
Frienisberg, fiel die grosse Ehre zu, im Jahre
1986 die «Kleine Kammer» zu präsidieren.

der Exekutive – einen wahren Horror vor dem Berufspolitiker beinhaltet. In einer Auswahl wichtiger Parlamentsentscheide wäre zu erwähnen, dass die Legislative in der Herbstsession endgültig auf die Unterstellung der Energieträger unter die Warenumsatzsteuer – sehr zum Leidwesen des Bundesrats – verzichtet hat. In der gleichen Session lag der Schwerpunkt auf einer sich über 10 Stunden erstreckenden Agrardebatte, in welcher grundsätzliche *Fragen der Agrarpolitik* zur Sprache kamen, und in einer dringend gewordenen Standortbestimmung in der schweizerischen *Asylpolitik*. Bundesrätin Kopp setzte es durch, dass für eine speditivere Erledigung der 23 000 pendenten Asylgesuche und Rekurse ein besonderer Delegierter für das Flüchtlingswesen

eingesetzt wurde; dieser konnte in der Person des bisherigen Winterthurer Stadtrats Arbenz bereits am 22. Oktober ernannt werden.

Eine straffere Führung der Asylpolitik war einerseits sachlich notwendig geworden, andererseits aber auch innenpolitisch indiziert durch die namhaften Wahlerfolge der Nationalen Aktion in vielen Kantonen, wo sie wegen der anschwellenden Zahl von Flüchtlingen ein Unbehagen der Bürger für sich zu mobilisieren vermag. Insbesondere hat sich die Stimmung im vergangenen Jahr deutlich gegen die Tamilen aus Sri Lanka gewendet; eine gewisse Anzahl unter ihnen hat sich nachgewiesenermassen dem Drogenhandel gewidmet. Unechte Flüchtlinge und solche, die falsche Angaben über ihre Identität und Herkunft gemacht haben, sind in der Folge ausgeschafft worden; erstmals 59 Zairer, die am 3. November nach Kinshasa geflogen worden sind.

In der Dezembersession wurden in der Bundesversammlung die üblichen *Wahlen* abgehalten. Zum neuen Bundespräsidenten wurde nach dem Turnus *Alphons Egli* gewählt, der zum erstenmal dieses Amt versieht. Seine Wahl war glänzend. Demgegenüber bereitete die Wahl des Vizepräsidenten in der Person von Bundesrat Pierre *Aubert* vorgängig einige Sorgen. Auberts überaus emsige Reisetätigkeit – namentlich in das Krisengebiet des Nahen Ostens – ist auf wenig Verständnis bei Volk und Parlamentariern gestossen. Seine manchmal verwirrenden Erklärungen haben ihn just im Jahr seiner Kandidatur für die Vizepräsidentschaft wieder einmal in ein Wellental der Popularität geführt. Aber die Befürchtungen seines Scheiterns in der Wahl waren übertrieben: Aubert kam mit Anstand, wenn auch nicht brillant, über die bedrohliche Hürde. Mittlerweile hat sich die Kritik gegen ihn trotz der Ablehnung des Beitritts zur UNO, für welchen er sich stark gemacht hatte, und der weitgehend ergebnislosen KSZE-Konferenz in Bern wieder gelegt.

Im Nationalrat wurde der Bündner SP-Vertreter *Bundi* zum Präsidenten erkoren, was gleichzeitig auch den Vorsitz in der Bundesversammlung bedeutet. Trotz seiner Stellung

als «höchster Schweizer» war Bundi allerdings das Wahlgluck in seinem Heimatkanton nicht hold; er schaffte nämlich später in Graubünden den angestrebten Einstieg in die Regierung nicht. Was schliesslich den Ständerat betrifft, so ist hier der Berner *Peter Gerber*, seines Zeichens Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, zum Ratspräsidenten für 1986 gewählt worden.

Am 12. November überraschte die Nachricht, dass *alt Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen* verstorben ist. Wiederum fand, wie im Jahr zuvor anlässlich des Todes von *alt Bundesrat Gnägi*, die Trauerfeier im Berner Münster statt. Wahlen war Berner SVP-Bundesrat gewesen, nachdem er sich zuvor schon einen Namen als Direktor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO in Rom und als Wissenschaftler gemacht hatte. Er ist 87 Jahre alt geworden und nimmt in der Geschichte des Landes einen besonderen Platz wegen des nach ihm benannten «Wahlen-Plans» ein, welcher im Zweiten Weltkrieg die prekäre Ernährungsbasis durch eine systematische «Anbauschlacht» im ganzen Land entscheidend zu verbessern vermochte.

In der Wintersession sind die *Revision des Kartellgesetzes* und das *Preisüberwachungsgesetz* verabschiedet worden. Als neuen Preisüberwacher designierte der Bundesrat nachher den Walliser Ständerat *Odilo Guntern* (CVP). Seine Funktion ist nicht vergleichbar mit derjenigen seiner beiden Vorgänger als Preisüberwacher, da das Gesetz nur in jenen Bereichen die Preisüberwachung vorschreibt, wo der Wettbewerb nicht funktioniert. In der Frühjahrssession figurierte eine zweite Revision des Asylgesetzes auf der Traktandenliste sowie eine Reihe von *Verkehrsfragen*, nämlich die Koordination der Verkehrspolitik. Diese wird nun allerdings den Bund von der Mitverantwortung für den regionalen Verkehr entheben; es gab auch eine Überprüfung des Nationalstrassennetzes in bezug auf noch nicht gebaute Strecken. Die Rawil-Verbindung durch das Simmental zwischen den Kantonen Bern und Wallis ist ohne Ersatz gestrichen worden. Der Ständerat verzögerte die Erledigung der Vor-

lage über die Einführung des «Doppelten Ja» bei Abstimmungen über Initiativen mit Gegenvorschlag und ebenso über das Steuerharmonisierungsgesetz. In beiden Fällen muss die entsprechende Kommission noch einmal über die Hefte gehen, bevor ein Entscheid fallen kann.

* * *

Ungeheures Aufsehen erregte ein Bundesratsbeschluss vom 26. Februar, den *Heizölzoll* ab sofort von 30 Rappen auf neu 4 Franken und den *Erdgaszoll* von 10 Rappen auf 1 Franken je 100 kg zu erhöhen. Es sollte auch gerade noch ab 1. April 1986 die *Warenumsatzsteuer auf dem Treibstoffzollzuschlag* erhoben werden. Der Bundesrat versprach sich von dieser fiskalischen Massnahme Mehreinnahmen zugunsten der Bundeskasse von 380 Mio. Diese überstürzte Handlungsweise kann offenbar nur als Ausfluss von plötzlichen Befürchtungen verstanden werden, der Ausgleich des Bundeshaushalts sei wegen der Erosion des bestehenden Finanzplans in absehbarer Zeit nicht mehr möglich, so dass rechtzeitig Sondersteuern auf dem Verordnungsweg zu schaffen seien. Die Opposition ist radikal.

Akut hat sich die *Lage der Bundesfinanzen* gegenüber dem Vorjahr wieder etwas verschlechtert, indem die Staatsrechnung für 1985 mit einem Defizit von 696 Mio (Vorjahr: 448 Mio) abschloss. Gleichzeitig aber nahm der Bundesrat grosse prospektive Ausgaben zur Förderung des öffentlichen Verkehrs in Aussicht. Es ist eine Verbilligung der Tarife beschlossen worden, die zum Umsteigen vom Auto auf die Bahn verlocken soll. Es sind auch enorme Investitionen für die Modernisierung der Bahnen vorgesehen, die unter der Etikette «Bahn 2000» laufen. In letzterer Beziehung handelt es sich um einen Aufwand von mehreren Milliarden, im ersteren Fall um zusätzliche Kosten von 100 Mio pro Jahr während sechs Jahren! Es soll auch ein Tunnel-Durchstich zwischen Klosters und Susch (Vereina) zugunsten der Rhätischen Bahn vorgesehen werden, derweilen der Ausbau einer moderneren und leistungsfähigen Alpentransversale vorder-

hand erst im Stadium der Vorprojekte ist und noch aufgeschoben werden soll.

Was die *Wirtschaftslage* betrifft, so ist der Konjunkturverlauf

ebenso wie die -prognose erfreulich gut. Die Jahresteuierung 1985 betrug nur 3,4%, und die Zahlen in den ersten Monaten 1986 weisen diesbezüglich deutlich nach unten. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen und beträgt mittlerweile ca. 1% oder 0,2% weniger als im Vorjahr.

* * *

Zum Schluss wenden wir unsere Aufmerksamkeit den Geschehnissen im *Kanton Bern* zu. Ein Ereignis stand weit im

Vordergrund: Der im Vorjahr an die Grossräte gerichtete Bericht des Revisors der kantonalen Finanzkontrolle, Hafner, warf hohe politische Wellen. Und dies um so mehr, als dessen Anschuldigungen, von einer besonderen Untersuchungskommission des Grossen Rats (BUK) auf ihre Stichhaltigkeit überprüft, sich grossenteils als begründet erwiesen haben. Der Grosse Rat widmete dem Hafner-Bericht, welcher noch durch neue Enthüllungen und Vorwürfe an die Adresse der Regierung ergänzt wurde, im Oktober eine gründliche Debatte. In deren Folge gaben die beiden Regierungsräte Werner Martignoni (Finanzen, SVP) und Hans Krähenbühl (Polizei, FDP) ihren Entschluss bekannt, sich in den Regierungsratswahlen im Frühjahr 1986 nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen. Der Grosse Rat lehnte indessen sowohl die Ergreifung von Disziplinar massnahmen wie auch die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die in die Schusslinie geratenen Regie-



Der neue Berner Regierungsrat

Von links nach rechts: Peter Schmid (bisher), Peter Siegenthaler (neu), Gotthelf Bürki (bisher), Benjamin Hofstetter (neu), Ueli Augsburg (neu), Bernhard Müller (bisher), Leni Robert (neu), René Bärtschi (bisher), Kurt Meyer (bisher) und Staatschreiber Kurt Nuspliger.

(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

rungsräte ebenso wie eine sich auf sämtliche Direktionen beziehende Durchleuchtung ab. Da sich aber gezeigt hat, dass die parlamentarische Kontrolle der Regierung ungenügend gewesen ist, stimmte der Grosse Rat zur Verbesserung seiner eigenen Effizienz wenigstens der Einsetzung eines neuen Ratssekretärs zu.

Ein gewisses allgemeines Malaise, das diese hauptsächlich in Kompetenzüberschreitungen und in mangelnder Informationsbereitschaft wurzelnde Affäre ausgelöst hat, sollte sich in den kantonalen Wahlen vom 26./27. April niederschlagen. In den Grossratswahlen erlitt die SVP einen Wählerverlust von 7% (nunmehr noch 30,1%), die SP einen solchen von 2,9% (nunmehr noch 23%), während die FDP in dieser Beziehung glimpflich davongekommen ist. Ihre Wählerstimmen stark verbessern konnten die meisten kleineren Parteien, darunter die Nationale Aktion, die EDU, der Landesring, vor allem aber die erstmals auftre-



Verheerender Gewittersturm über dem Schwarzenburgerland
Am 4. Juli 1985 richtete das schlimmste Gewitter seit Menschengedenken im Schwarzenburgerland und im Sensebezirk verheerende Schäden an Fluren, Strassen und Gebäuden an.

(Photo Zbinden, Schwarzenburg)

tende «Freie Liste» (FL), die es in einem Sprung auf 5,6% der Wählerstimmen brachte. Dementsprechend verlor die SVP 9 Sitze, die SP 3 Sitze, die FDP 2 Sitze, die EVP und CVP je einen Sitz, während die FL zu ihren bisherigen 2 Sitzen noch deren 9 hinzugewann. Zwei Sitzgewinne verzeichnete der Landesring, je einen Sitzgewinn die NA und die POCH. Dadurch ist das Stärkeverhältnis der Parteien zwar verändert worden, aber SVP und FDP zusammen mustern auch im neu bestellten Grossen Rat immer noch eine nicht angreifbare Mehrheit (109 Sitze).

Daraus und weil die FDP keinen Verlust der Wählergunst erlitten hat, wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass die bisherige Formel der Parteivertretung in der bernischen Regierung (4:3:2) keine Veränderung erfahren müsste. Aber es kam anders. Der Versuch der FDP, eventuell einen dritten Regierungsratssitz zu ergattern, schlug gründlich fehl. Nicht nur erreichte im ersten Wahlgang keiner der drei FDP-Kandidaten das absolute Mehr, sondern im darauf folgenden zweiten Wahlgang wurden die beiden noch portierten FDP-Kandidaten Kellerhals und Geneviève Aubry überraschend von den beiden Kandidaten der «Freien Liste» geschlagen. Obschon diese im Grossen Rat nur über 11 Sitze verfügt, ist sie mit der überraschenden Wahl von Leni Robert und dem Jurassier Hofstetter in den Regierungsrat nun zur Regierungspartei aufgerückt, derweilen die FDP mit 40 Sitzen im kantonalen Parlament nun zum erstenmal seit 132 Jahren nicht mehr in der Regierung vertreten ist! Ihr kühner Alleingang gegen die SVP hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Dazu kommt noch, dass M^{me} Aubry sich als allzu sichere Siegerin wähnte und eine wenig glückliche Kampagne geführt hat. Sie brachte zwar in ihren Stammlanden, dem Berner Jura, die Grosszahl der Wähler auf ihre Seite, aber im deutschsprachigen Kantonsteil wurde ihr der (jurassische) FL-Kandidat Hofstetter deutlich vorgezogen. Wenn die beiden neuen Regierungsräte der Freien Liste, die als «grün» etikettiert werden, mit den SP-Regierungsräten gemeinsame Sache machen, sehen sich jetzt die vier SVP-Regierungsräte im Regierungskollegium majorisiert. Gemildert wird diese Lage der Dinge allerdings dadurch, dass eine solche Situation auf der parlamentarischen Ebene wegen der dort ja nach wie vor unveränderten Mehrheitsverhältnisse keine Absegnung erföhre und prompt korrigiert würde.

Der Grosse Rat hat trotz der starken Belastung durch den Hafner-Bericht und den Bericht der BUK in der Berichtsperiode wertvolle legislative Arbeit geleistet. So hat er die Grundsätze für die Gesamtrevision des Bil-

dungsgesetzes und ein neues Abfallgesetz genehmigt, die Motorfahrzeugsteuern für mit Katalysatoren ausgerüstete Personen- und Lastwagen ermässigt, eine Steuergesetzrevision und das revidierte Gesetz über den öffentlichen Verkehr verabschiedet und – gegen den Willen des Regierungsrats – eine Erhöhung der Staatsbeiträge für Kulturinstitute der Städte Bern, Biel und Thun beschlossen. In der Februarsession hat er unter anderem auch ein Dekret über die Leitsätze der kantonalen Energiepolitik behandelt sowie das Datenschutzgesetz verabschiedet.

Als kantonale Volksabstimmungen sind zu erwähnen das neue Baugesetz, das am 8./9. Juni zusammen mit dem Hochwasserschutz im Bereich der Langeten und dem Neubau des Asyls «Mon Repos» in Neuveville im gleichen Urnengang angenommen worden ist. Am 1. Dezember stimmte der Berner Souverän einem Kredit für die Umfahrungsstrasse Wiedlisbach sowie einer Vorlage für das Krankenhaus Langnau und dem Umbau des ehemaligen Säuglingsspitals Elfenau in ein Chronischkrankenheim zu, während zwei kantonale Finanzvorlagen abgelehnt wurden. Am 16. März schliesslich wurde in einer Abstimmung das Zentrum für Lehrlingsturnen und Sport in Bern abgelehnt, die Ingenieurschule St-Imier und das Krankenhaus «Wittigkofen» aber angenommen. Gewisse institutionelle Reformen sind noch pendent, so die Totalrevision der Staatsverfassung und eine Parlamentsreform, die das Fazit des BUK-Berichts vom November 1985 darstellen soll.

Dass das Verhältnis zum Kanton Jura auf dem Weg zur Normalisierung inzwischen weit fortgeschritten ist, geht aus der symbolischen Geste des Geschenks einer Wappenscheibe durch die Regierung des Kantons Jura hervor, die nun im Rathaus neben den anderen Kantonswappen prangt. Am 23. Juli konnte die Taubenlochstrasse zwischen Biel und La Heutte dem Verkehr übergeben werden.

Ebenfalls im Sommer konnten die Neubauten in der Strafanstalt Witzwil eingeweiht werden. Leider ist auch im Berichtsjahr wiederum ein verheerendes Gewitter zu verzeichnen gewesen, welches diesmal das Schwarzenburgerland und den Sensebezirk heimgesucht hat. Felder, Strassen und viele Gebäude sind am 4. Juli von den Wassermassen dieses Unwetters überschwemmt worden, wobei gewaltige Schäden entstanden sind. Am 4. Februar erhielt die Oberländer Gemeinde Diemtigen den Wakkerpreis des Schweizer Heimatschutzes.

Hans Rudolf Böckli



Unwetter über Schwarzenburg

Auch dieses Bild gibt einen Eindruck von der Wucht der Naturgewalten. Übrigens wurden zu den Wiederinstandstellungsarbeiten bis in den Winter hinein laufend Zivilschutzdetachemente aus dem ganzen Kanton eingesetzt.

(Photo Zbinden, Schwarzenburg)